



## Viva! Die Bildungsinternationale zu Gast in Argentinien

Ein Reisebericht vom Weltkongress der Bildungsgewerkschaften.

Von Ann-Kathrin Hoffmann\*

In: *express* 9/2024

»S’ defendemos la educación derrotamos a Milei« (Wenn wir die Bildung verteidigen, besiegen wir Milei). Schriftzüge wie diese finden sich viele an den Häuserwänden in Buenos Aires. Seit dem Machtantritt des selbsternannten »Anarchokapitalisten« Javier Milei Ende 2023 und der Verabschiedung des Basisgesetzes, das demokratische Entscheidungsprozesse aushebelt und ihm weitreichende gesetzgeberische Kompetenzen verleiht, läuft der neoliberale Rückbau des argentinischen Staates auf Hochtouren: Tausende Stellen im öffentlichen Dienst und Sozialleistungen wurden bereits gestrichen, die Mittel für öffentliche Kultur- und Bildungseinrichtungen massiv gekürzt, die Privatisierung staatlicher Unternehmen begonnen. Ende Juli ging Milei mit seiner rechtslibertären Agenda noch weiter, sein »Ministerium für Humankapital« kündigte die Absetzung der derzeitigen Rektorin der Nationalen Universität der Mütter der Plaza de Mayo an: ein ebenso massiver wie symbolträchtiger Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit und Demokratiebewegung des Landes. Auf diese wiederum bezogen sich die mehr als 1.200 Teilnehmenden des zehnten Weltkongresses der Bildungsinternationale (EI), als sie im Rahmen einer Solidaritätsaktion mit ihren argentinischen Gastgeber:innen vor der juristischen Fakultät in Buenos Aires »Si a la escuela pública« (Ja zum öffentlichen Schulwesen) riefen.

Aus Deutschland waren 16 Delegierte der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und drei Vertreter:innen des VBE (Verband Bildung und Erziehung – größte Spartengewerkschaft des deutschen beamtenbundes, dbb), die auf internationaler Ebene gut zusammenarbeiten, der Einladung ihres Dachverbandes Education International gefolgt. Insgesamt nahmen Vertreter:innen von rund 370 Bildungsgewerkschaften aus mehr als 150 Ländern an dem Weltkongress teil, der vom 29. Juli bis 2. August 2024 in der argentinischen Hauptstadt gastierte, und repräsentierten damit mehr als 32 Millionen gewerkschaftlich organisierte Bildungsarbeiter:innen. In den Debatten, die unter dem Motto »Growing our Unions, Elevating our Professions, Defending Democracy« (Unsere Gewerkschaften stärken, unsere Berufe stärken, die Demokratie verteidigen) überwiegend unkontrovers geführt wurden, unterfütterten die Delegierten mit eindrucklichen Erfahrungsberichten die Problembeschreibungen und Ziele der Anträge. Diese waren bereits im Vorfeld zwischen Vorständen und Referent:innen der Einzelgewerkschaften zumeist konsensfähig ausformuliert worden – eine in Dachverbänden gängige Praxis, die der Herausstellung des Gemeinsamen sicher dienlich ist, den Beschlüssen aber mithin ihre Konkretheit und Schärfe nimmt und eine gewisse Entfremdung der Delegierten sowie erst recht der »einfachen« Mitglieder von dieser Ebene gewerkschaftlichen Handelns nach sich zieht.

### »Growing our Unions, Elevating our Professions, Defending Democracy«

Besonders einig waren sich die Delegierten in ihrem (Selbst-)Bewusstsein, dass Erziehung und Bildung für jede:n Einzelne:n und die Gesellschaft als Ganze grundlegend sind. Man betonte den Primat des Pädagogischen gegenüber Technik und »KI« und sorgte sich in einem

nach Wirtschaftlichkeit statt menschlichen Bedürfnissen ausgerichteten (Bildungs-)System gleichermaßen um die Kinder und Kolleg:innen. Die zentralen Probleme seien Überlastung, fehlende gesellschaftliche und materielle Anerkennung der pädagogischen Berufe, eine drohende Deprofessionalisierung und ein Mangel an Lehrkräften: 44 Millionen davon fehlen weltweit bis 2030. Im subsaharischen Afrika würden bereits Klassen zusammengelegt und Schulen geschlossen, und das Staunen war groß, als selbst skandinavische Kolleg:innen angesichts von Kürzungen im Bildungsbereich von rückläufigen Studierendenzahlen im Lehramt, nicht besetzten Stellen und Abwanderungsbewegungen in andere Branchen berichteten. Privatisierung und Prekarisierung über alle Bildungsbereiche hinweg bildeten den gemeinsamen Erfahrungsraum. Die Debatten darüber erhielten mithin den Charakter einer kollektiven Selbstvergewisserung, inmitten des neoliberalen Zeitgeistes nicht allein auf der richtigen Seite zu stehen. Bildung verändere nicht die Welt, aber die Menschen, die die Welt verändern können – dieser Ausspruch des Befreiungspädagogen Paulo Freire war das wohl am häufigsten bemühte Zitat.

Dass diejenigen, die um die Veränderungen der Verhältnisse bereits jetzt bemüht sind, zunehmenden Angriffen ausgesetzt sind, wurde spätestens greifbar, als Delegierte von eigenen Repressionserfahrungen berichteten. Wer genauer hingesehen hatte, dem waren die leeren Plätze mancher Delegationen im Saal bereits vorab aufgefallen, da ihnen keine Visa von argentinischer Seite erteilt wurden. In zahlreichen Ländern werden Vertreter:innen von Bildungsgewerkschaften verfolgt oder inhaftiert, weil sie sich für Arbeiter:innen- und Gewerkschaftsrechte einsetzen. Entsprechend hat die praktische Solidaritätsarbeit in Education International einen hohen Stellenwert. Weltweit ist eine wachsende Bedrohung durch autoritäre Regime, eine politische Einflussnahme auf Bildung und Lehrpersonen sowie eine Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit zu beobachten, was zum Ausgangspunkt für weitere gemeinsame Erklärungen genommen wurde. Betont wurde folgerichtig der notwendige Ausbau einer kritischen (Grundlagen-)Forschung, die den Interessen der Menschen statt jenen des Kapitals diene, sowie die Stärkung von Menschen-, Minderheiten- und Gewerkschaftsrechten.

Wie man angesichts der um sich greifenden Privatisierung sowie wachsender Prekarisierung und Repression Gegenmacht aufbauen soll, blieb jedoch unklar. Wie auf dieser Ebene gewerkschaftlicher Zusammenarbeit üblich, sind Absichts- und Solidaritätserklärungen sowie das Lobbying die zentralen Wege, die für die Durchsetzung länderübergreifender Interessen beschränkt werden. Die Resolutionen adressierten entsprechend die politische Ebene: Man versteht sich als Stimme der Bildungsarbeiter:innen, die mit Forschung, Positionspapieren und Kampagnen wie »Go Public! Fund Education« versucht, die eigenen Forderungen bei Akteuren wie den Vereinten Nationen (UNESCO, ILO) oder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auf die Agenda zu setzen und unterstützt bei der Implementierung auch auf nationaler Ebene. Dass ein internationaler Dachverband vielen seiner Mitgliedsorganisationen folgt und eher auf Stellvertretungspolitik, also Advocacy statt Organizing, setzt, ist kaum verwunderlich. Dass allerdings keine Räume geschaffen wurden, um voneinander zu lernen, wie Mehrheiten, die es zur Durchsetzung dieser politischen Bekenntnisse braucht, organisiert werden können, bleibt eine verpasste Chance. So verhalten die Appelle vor allem der US-amerikanischen und britischen Kolleg:innen für mehr beteiligungs- und konfliktorientierte Basisarbeit. Dabei waren sie es, die in den vergangenen Jahren mittels großer Organizing- und Druckkampagnen beachtliche Erfolge und neue Erfahrungen gewerkschaftlicher Erneuerung im Bildungsbereich erringen konnten, deren Verallgemeinerung von großem Wert wäre. Dass die Bildungsinternationale sich ausgerechnet von dem Begriff »Renewal« (Erneuerung) in der eigenen Agenda abwenden möchte, um bestehende Strukturen nicht abzuwerten, stimmt da leider pessimistisch für eine dringend benötigte, offensivere Konfliktführung.

### **Solidarity forever – aber auch für alle?**

Internationale Gewerkschaftspolitik ist immer auch Spiegel des Weltgeschehens. Die Omnipräsenz des Krieges im Nahen Osten, der von seinem Ursprung des Terrorangriffs der Hamas am 7. Oktober 2023 fast vollständig entkoppelt wurde, zog sich unabhängig der Antragsthe-

men durch einen Großteil der Redebeiträge und gipfelte in einer hitzigen Debatte um eine Dringlichkeitsresolution für humanitäre Hilfe in Gaza am letzten Kongresstag. So wichtig und nachvollziehbar das mit großer Mehrheit beschlossene Anliegen, so gefährlich war die Art der Auseinandersetzung: Ohne Kritik an der palästinensischen Führung und der Hamas auf der einen und in der Ineinssetzung der israelischen Zivilbevölkerung mit der Regierung auf der anderen Seite droht eine Reproduktion und Verschärfung der Verhältnisse, wenn selbst unter Gewerkschafter:innen der vordringliche Konflikt nicht mehr zwischen Kapital und Arbeit, sondern zwischen Staaten und Regimen gesehen wird. Eine positive Bezugnahme auf die emanzipatorischen Kräfte und die Solidarität mit Menschen blieb aus; trotz Einigkeit in der Forderung nach Frieden in der Region und der Welt wurden die anwesenden Kolleg:innen der israelischen Bildungsgewerkschaft teils explizit von der internationalen Solidarität ausgeschlossen. Bezüglich anderer ebenfalls aktuellen Kriegshandlungen und Menschenrechtsverletzungen (wie etwa in der Ukraine oder dem Iran) gab es demgegenüber von Seiten der Delegierten weniger Aufmerksamkeit und Aussprachebedarf.

Gleichwohl blieb die Teilnahme am Weltkongress ein beeindruckendes Lehrstück für internationale Solidarität. Größere Gewerkschaften ermöglichten kleineren die Teilnahme, die GEW etwa übernahm für eine ungarische Kollegin die Reise ans andere Ende der Welt. Und in dem nur kleinen Raum für Überraschungen, der in der dann doch nicht vorplanbaren Antragsberatung und den Wahlen gelassen wurde, spiegelte sich nicht zuletzt der Versuch, alle Weltregionen unabhängig ihrer tatsächlichen Mitgliederstärke angemessen abzubilden und zugleich persönlich besonders bedrohte Kolleg:innen mit einer Wahl vor Verfolgung zu schützen.

Das 27-köpfige Executive Board, in das auch die GEW-Vorsitzende Maike Finne wiedergewählt wurde, steht nun bis zum nächsten Weltkongress in fünf Jahren vor der Aufgabe, dem neoliberalen Vormarsch einen offensiven Kampf für öffentliche Bildung entgegenzusetzen. Es bleibt zu hoffen, dass dafür künftig die Organisierungserfahrungen aus verschiedenen Ländern stärkere Berücksichtigung finden und der Erfahrungsaustausch zur notwendigen gewerkschaftlichen Erneuerung auch auf internationaler Ebene Einzug hält.

*\* Ann-Kathrin Hoffmann ist in der Tarifbewegung studentischer Beschäftigter (TVStud) aktiv und war drei Jahre Bundessprecherin der Studierenden in der GEW, für die sie am Weltkongress der Bildungsinternationale teilnahm.*

*express im Netz und Bezug unter: [www.express-afp.info](http://www.express-afp.info)  
Email: [express-afp@online.de](mailto:express-afp@online.de)*

**express** / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

*Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:*  
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12